



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Aufgaben, Organisation und Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftsförderung -

Umfrage zur Wirtschaftsförderung in
kreisangehörigen Städten und Gemein-
den unter 50.000 Einwohnern

1. Einführung

1.1. Kontext

Die zunehmende Mobilität von Menschen, Gütern und Finanzströmen hat zu einer Globalisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftsstandorte geführt, aber auch zu einer Regionalisierung der kommunalen Aufgabenerledigung in vielen Bereichen. Besonders betroffen ist die kommunale Wirtschaftsförderung. War es in Zeiten des stetigen wirtschaftlichen Wachstums in der Nachkriegszeit noch möglich, Ansiedlungspolitik durch Gewährung von Subventionen zu betreiben, so ist dies seit langem finanziell und ordnungspolitisch für die lokale Wirtschaftsförderung unmöglich geworden. Seit langen Jahren ist klar, dass sich die Wirtschaftsförderung im Schwerpunkt um die Pflege der bestehenden Unternehmen kümmern muss. Das beinhaltet, die richtigen Rahmenbedingungen in Form von ausreichenden Entwicklungsflächen zu bieten, aber auch ein attraktives Umfeld durch sog. „weiche Standortfaktoren“ zu schaffen, für wenig, aber verlässliche Bürokratie zu sorgen und vieles mehr. Neue Ansätze sind es, durch Regionalmanagement und Clusterpolitik ein unternehmerisches Umfeld zu entwickeln, in dem kreative und Effizienzreserven der Unternehmen gehoben werden können. Auch die Unterstützung durch Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitnehmern gehört zu den Aufgaben, die diskutiert werden. Örtliche und regionale Arbeitsmarktpolitik soll nicht nur die Arbeitnehmer in Arbeit bringen, sondern auch ein Arbeitskräftepotenzial schaffen, dass Ansiedlungen und die Weiterentwicklung von bestehenden Unternehmen vereinfacht.¹

Aber wie geht die Wirtschaftsförderung mit diesen Aufgaben um? Wie ist sie auf kommunaler Ebene organisiert, was sind die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit? Spiegeln sich aktuelle Diskussionen in der Arbeit der Wirtschaftsförderung? Welchen Einfluss hat es, wenn der finanzielle Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden zurückgeht, die Erwartungen an die Wirtschaftsförderung aber steigen? Kann die Wirtschaftsförderung lokal überhaupt noch agieren? Wie aktuell diese Fragen sind, zeigen die politischen Vorhaben, die auf europäischer und nationaler Ebene weiter verbesserte Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung bewirken sollen. Allen voran ist die europäische Dienstleistungsrichtlinie, mit ihrer Anforderung, sog. „Einheitliche Ansprechpartner“ für alle Unternehmensfragen zu schaffen oder die Diskussion um öffentlich-private Partnerschaften (PPP) zu nennen.²

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat in den Jahren 1995 und 2001 Umfragen zur Situation, den aktuellen Themen und Handlungsfeldern sowie Perspektiven der Wirtschaftsförderung/-politik in deutschen Städten durchgeführt. Zum Jahreswechsel 2007/2008 hat sie erneut eine Befragung durchgeführt. Ziel war es, die Informationsbasis zu erhalten und zu aktualisieren. Darüber hinaus sollten neue Entwicklungen im Handlungsfeld kommunaler Wirtschaftsförderung auf einer breiten und fundierten empirischen Basis dokumentiert werden. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind beim Difu nachzulesen³.

Bei der Befragung fehlte jedoch der Blick auf die große Mehrheit der Wirtschaftsförderungseinrichtungen. Diese sind in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden angesiedelt und wurden bislang nicht in der Breite untersucht.

¹ Floeting/Hollbach-Grömig 2005, S. 11ff

² Floeting/Hollbach-Grömig 2005, S. 11ff

³ Beate Hollbach-Grömig und Holger Floeting, Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Berlin 2008 (Difu-Papier)

1.2. Die Umfrage - Allgemeines

Im Rahmen der Umfrage wurden die Wirtschaftsförderungsstellen aller Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern in den alten und neuen Ländern vom Difu schriftlich befragt. Dabei wurden Organisation, Tätigkeitsspektrum, Themen und Stellenwert der Wirtschaftsförderung abgefragt. Darüber hinaus wurden zwei Themen vertieft untersucht: „Clusterpolitik“ und „Fachkräftemangel“ werden als Handlungsfelder angesehen, die in immer mehr Kommunen an Bedeutung gewinnen und bearbeitet werden.

Zur Vervollständigung des Bildes kommunaler Wirtschaftsförderung haben wir als Deutscher Städte- und Gemeindebund dieselbe Umfrage, abgestimmt mit dem Difu, über unsere Mitgliedsverbände an die Städte und Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 Einwohner gerichtet. Damit wurde erstmals auch die Situation der Wirtschaftsförderungseinrichtungen dieser Städte und Gemeinden erhoben.

Man kann davon ausgehen, dass es in Deutschland ca. 12.300 Städte und Gemeinden gibt. Diese verteilen sich auf folgende Größenklassen

Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohnern (EW)	10.900
Gemeinden mit bis zu 50.000 EW	1.170
Gemeinden mit mehr als 50.000 EW	188

Das Difu hat die Städte mit mehr als 50.000 EW befragt. Wir haben uns mit der Umfrage vorrangig an die Städte und Gemeinden zwischen 10.000 und 50.000 EW gewandt. Von den verbleibenden 1.170 Städten und Gemeinden haben 277 oder 23,7%, geantwortet. Die Ergebnisse der Umfrage sind damit nach streng wissenschaftlichen Maßstäben nicht empirisch repräsentativ. Sie erlauben aber, ein konturiertes Bild von den Bedingungen und Strukturen der kommunalen Wirtschaftsförderung im kreisangehörigen Raum in Deutschland zu zeichnen.

Die Ergebnisse der Umfrage stehen in Beziehung zu den Ergebnissen der Umfrage des Difu, lassen sich aber nur in Teilen vergleichen. Dies liegt vor allem daran, dass die abgefragten Sonderthemen ganz überwiegend nicht auf der örtlichen Ebene der Wirtschaftsförderung bearbeitet werden. Wo sie eine sinnvolle Ergänzung darstellen, werden die Ergebnisse der Difu-Umfrage zum Vergleich dargestellt.

2. Ergebnisse

2.1. Organisationsstruktur der Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden. Sie entscheiden, ob sie die Aufgabe in einem eigenen Amt oder als eine Teilfunktion eines Amtes organisieren wollen. Sie können auch entscheiden, diese Funktion auszulagern, sie allein oder in interkommunaler Kooperation bzw. mit Einbindung privater Dritter als privatrechtliche Einheit zu erbringen.

Die große Mehrheit der antwortenden Gemeinden hat ihre Wirtschaftsförderung in ihre Behördenstruktur integriert. In 72% der Städte und Gemeinden ist die Wirtschaftsförderung ein eigenes Amt (15%) oder Teil eines Amtes (57%) organisiert.

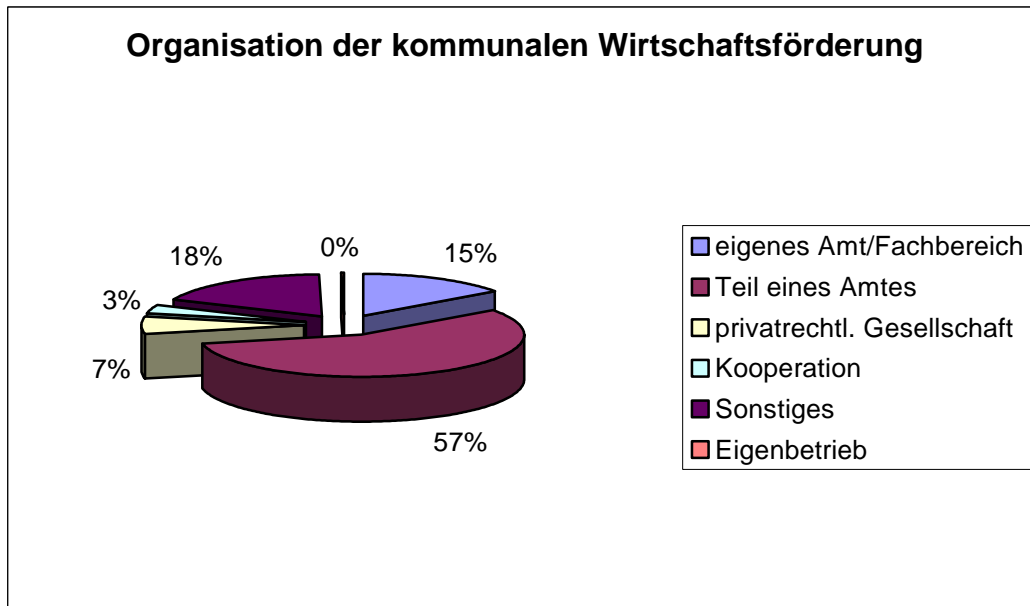


Bild 1, n = 241 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Sofern sie bei einem anderen Amt „miterledigt“ wird, handelt es sich oftmals um die Kämmerei (20% der Fälle), um das Bauamt, den Bereich des geschäftsleitenden Beamten oder um den Bürgermeister selbst (je ca. 10%). Die große Organisationsvielfalt zeigt sich auch an der Stärke der Kategorie „Sonstiges“, in der weitere 18 Verwaltungsstellen von der Stadtentwicklung über den Tourismus, die Kultur bis hin zum Bürgerservice genannt sind.

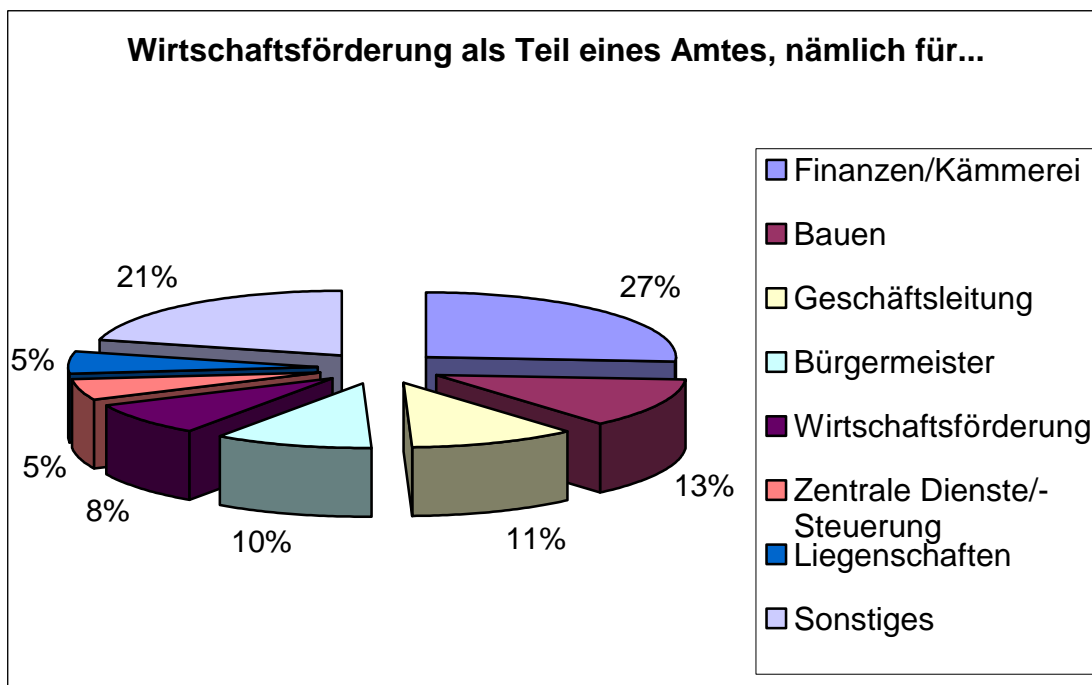


Bild 2, n = 184 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

In 7% der Fälle ist die Wirtschaftsförderung als privatrechtliche Gesellschaft organisiert. Damit ist die Bedeutung der privatrechtlichen Gesellschaft im kreisangehörigen Bereich im Vergleich zu den bevorzugten Organisationsformen der großen Städte eher gering.

Hier überwiegt die Amtslösung mit knapp 50 Prozent zwar immer noch gegenüber den privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungen, allerdings spielen die privaten Formen eine ungleich größere Rolle. Ganz überwiegend sind die privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderungseinrichtungen als PPP organisiert, in der Regel mit einer Mehrheitsbeteiligung der Kommune. Dieses Ergebnis deckt sich wiederum mit den Ergebnissen in den Städten und Gemeinden < 50.000 Einwohnern. Nur in einem Fall (von 16) hält die Stadt eine Minderheitsbeteiligung. In vier weiteren Fällen ist sie zur Hälfte beteiligt, sonst hat die Kommune die deutliche Mehrheit am Finanzierungsanteil. In 40% der privatrechtlichen Formen ist sie alleiniger Anteilseigner.

Die Frage nach der Rolle der Kreise in der Wirtschaftsförderung stellt sich, weil die Aufgabe sowohl auf örtlicher, als auch auf Kreisebene wahrgenommen wird. Die Kreise nehmen sich einer Aufgabe im Bereich der freiwilligen Aufgaben an, weil entweder die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht ausreicht oder ein Ausgleich innerhalb des Kreisgebietes im Interesse gleichwertiger Bedingungen erforderlich ist. 178 Städte und Gemeinden haben geantwortet, dass der Landkreis eine eigene Wirtschaftsförderungseinrichtung für die kreisangehörigen Gemeinden unterhält. 40% davon (58 Antworten) gaben an, dass es keine Arbeitsteilung zwischen Kreis und Gemeinde gibt. Von den 60% der Gemeinden, bei denen es eine Arbeitsteilung mit dem Landkreis gibt, gaben jedoch nur 3% (4 Antworten) an, dass es auch eine förmliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit gibt.



Bild 3, n = 178 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

2.2. Personalausstattung der kommunalen Wirtschaftsförderungsstellen

Die personelle Ausstattung der Wirtschaftsförderungsdienststellen variiert sehr stark. Dies mag von der wirtschaftlichen Lage, der Haushaltslage, dem Stellenwert, der der Wirtschaftsförderung beigemessen wird und – selbstverständlich – der Größe der jeweiligen Kommune abhängen. Insgesamt reicht in den Städten und Gemeinden, die geantwortet haben, die Zahl der Mitarbeiter, die sich mit Wirtschaftsförderung befassen, von einer halben Stelle bis zu 8,5 Mitarbeitern. Im gewichteten Mittel steht ein Mitarbeiter für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Bis zu 75% der antwortenden Gemeinden haben bis zu 1,5 Stellen für die Wirtschaftsförderung. Nur im Ausnahmefall sind es mehr Mitarbeiter.

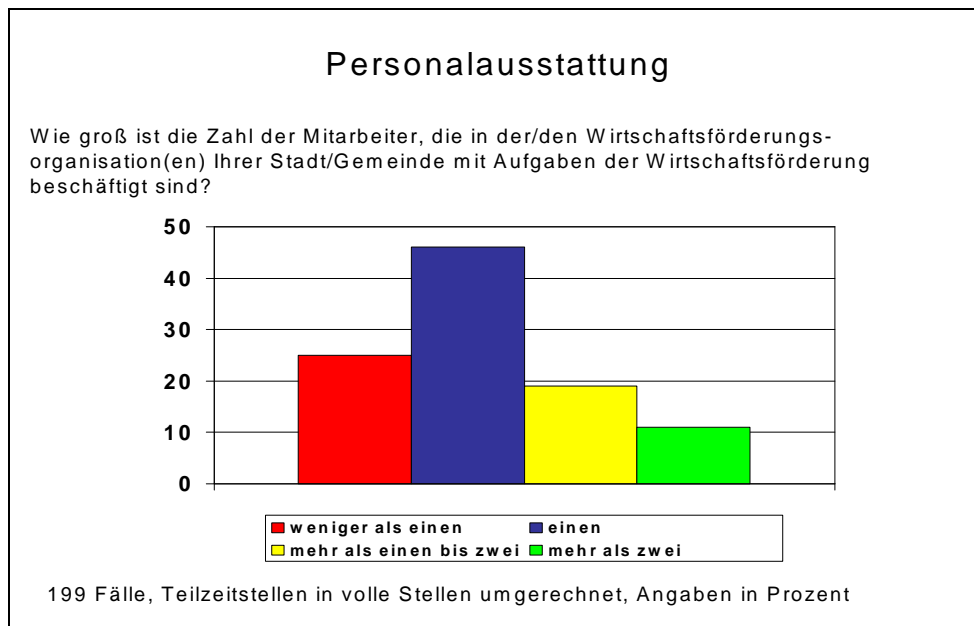


Bild 4, n = 199 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, Darstellung: Maximilian Trommer

Es ist daher nicht überraschend, dass beinahe vier Fünftel (79%) der antwortenden Städte und Gemeinden ein Mehr an Personal als sehr wichtigen Ansatzpunkt für Verbesserungen der Arbeit der Wirtschaftsförderung angegeben haben.

Bei den Städten über 50.000 Einwohnern ist dieses Bild ähnlich. Auch hier gibt es große Bandbreiten. In knapp der Hälfte der Städte beschäftigen sich weniger als fünf Mitarbeiter mit Aufgaben der Wirtschaftsförderung. Bezogen auf die Einwohnerzahl haben die großen Städte > 50.000 EW, unabhängig von der Größenklasse, die gleiche Anzahl von Mitarbeitern. Wie bei den Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern sehen auch hier fast 80% Bedarf für mehr Personal zur Verbesserung der Arbeit der Wirtschaftsförderungen.⁴

2.3. Aufgabenschwerpunkte der Wirtschaftsförderung

Die Städte und Gemeinden wurden gebeten, anzugeben, welche Bedeutung die Aufgaben Bestandspflege, Unternehmensansiedlungen, Existenzgründungen und Sonstiges haben. Unstrittig wird die Bestandspflege am häufigsten (70%) als „sehr wichtiges“ Aufgabenfeld genannt; addiert man die Nennung „wichtig“ so klettert der Wert auf 96%. Die Aufgabe „Unternehmensansiedlung“ wird von 62% der antwortenden Kommunen als „sehr wichtiges“ Aufgabenfeld genannt. Die Förderung von Existenzgründungen wird von 20% als sehr wichtig genannt. Wichtig finden diese Aufgabe zusätzliche 42%. Die Relevanz des Themas wird hoch eingeschätzt, aber sie bleibt doch hinter den anderen beiden Aufgaben. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, dass es einerseits relativ wenige Berührungspunkte der örtlichen Wirtschaftsförderung in kleineren Städten und Gemeinden mit der Existenzgründung gibt. Die Fallzahlen von Existenzgründungen sind in der großen Zahl von relativ kleinen Städten zu gering, als das hierin ein Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung gesehen werden könnte. Andererseits findet die Existenzgründungsberatung auch verstärkt in zentralen Einrichtungen der Kreise und Kammern statt.

⁴ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting 2008, S. 4f

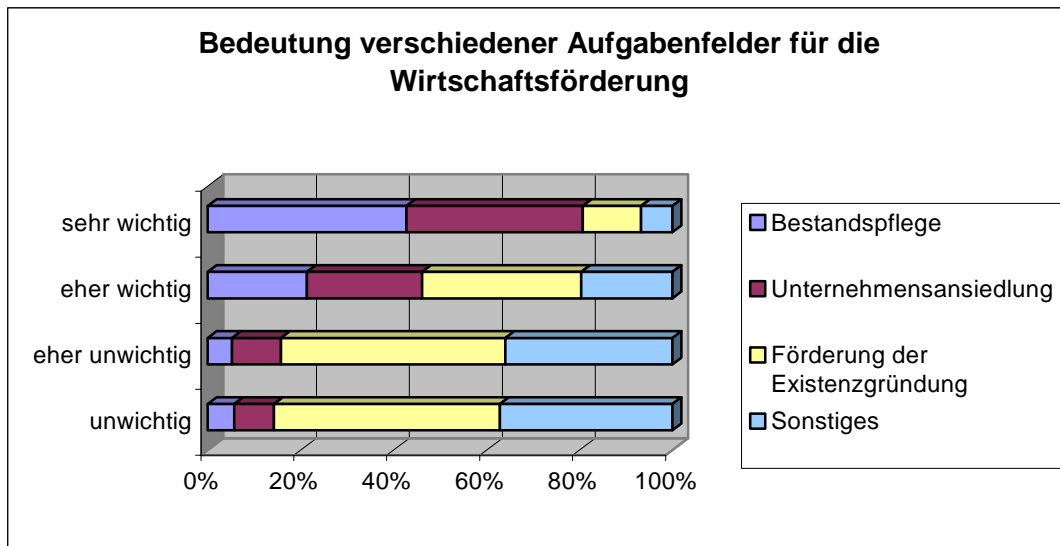


Bild 5, n = 191 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Es ist auch möglich, dass das Thema „Existenzgründung“ in der politischen Diskussion grundsätzlich höher gewichtet wird, als in der praktischen Arbeit. Dies legt einerseits der Vergleich mit den Befragungsergebnissen der großen Städte nahe (bei der nur ein gutes Drittel Existenzgründungsförderung als „sehr wichtig“ ansah), als auch die Bewertung im Zusammenhang mit weiteren Themen der Wirtschaftsförderer. Hier findet sich die Existenzgründung bei den Städten und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern erst auf dem 9. Platz der Nennungen der wichtigsten Themen. Auf die Frage, womit sich die Wirtschaftsförderer aktuell befassen, erscheint die Existenzgründung erst an 10. Stelle. Bei der Difu-Befragung der großen Städte wurden die Wirtschaftsförderer gebeten, die drei „wichtigsten Themenfelder“ anzugeben. Die Existenzgründung erreichte nur den Rang 7⁵ und gehört damit eher zu den nachgeordneten Themen.⁶

Auch in der Arbeitszeit wird die unangefochtene Bedeutung der Bestandspflege sichtbar. Durchschnittlich 43% ihrer Zeit verwenden die Wirtschaftsförderer auf diese Aufgabe. Der Zeitaufwand für die Ansiedlung von Unternehmen liegt im Durchschnitt bei 34%. Existenzgründungen nehmen hingegen nur rund 10% der Zeit in Anspruch.

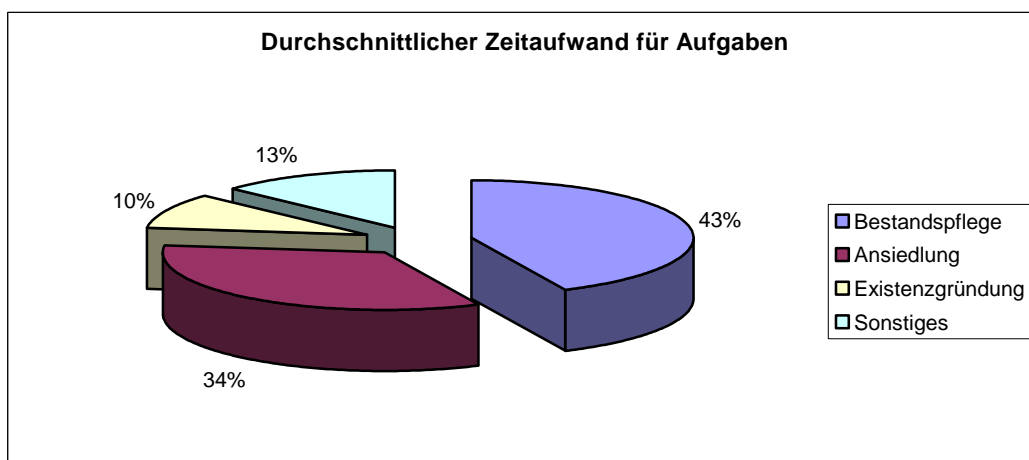


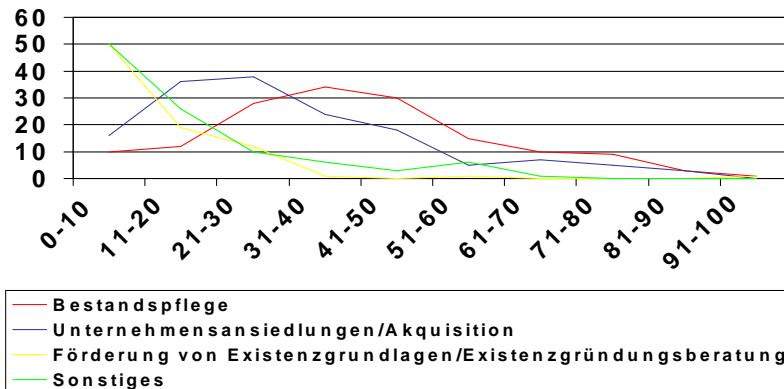
Bild 6, Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

⁵ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting 2008, S. 8

⁶ Die Häufigkeit aller Nennungen wurde addiert. Das Thema, das am häufigsten genannt wurde, erhielt den 1. Rang, das Thema, das am seltensten genannt wurde, erhielt den letzten Rang.

Tätigkeitsspektrum und Themen

Schätzen Sie bitte in etwa, welchen (zeitlichen) Arbeitsanteil jedes Aufgabenfeld am Gesamtspektrum (100%) der Arbeit der Wirtschaftsförderung hat.



152 Fälle, Angaben absolut (über 50 abgeschnitten), Angaben gruppiert in Prozent

Bild 7, n = 152 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, Darstellung: Maximilian Trommer

Nur 10% der Befragten gab an, dass die Bestandspflege zwischen 10% und 20% der Arbeitszeit beansprucht. Etwas mehr als 30% gaben an, dass sie zwischen 40% und 50% ihrer Arbeitszeit diesem Thema widmen. Ein weiteres Drittel gab an, dass zwischen 50% und 60% ihrer Zeit aufwenden. Immerhin 10% gaben auch an, dass sie zwischen 70% und 80% ihrer Zeit dieser Aufgabe widmen.

2.4. Aktuelle und wichtige Themenfelder der Wirtschaftsförderung

Die Städte und Gemeinden wurden danach gefragt, welche Themen für die Wirtschaftsförderer aktuell sind, womit sie sich also zurzeit beschäftigen. Es ist ein vielfältiges Bild entstanden, das fast die gesamte Breite des Spektrums der Wirtschaftsförderung abdeckt. Daraus lässt sich jedenfalls schließen, dass grundsätzlich alle Aufgaben der Wirtschaftsförderung unabhängig von der Gemeindegröße vor Ort auftreten. Die Gemeindegröße allein ist kein Kriterium, bestimmte Themen der Wirtschaftsförderung unbeachtet zu lassen.

Nennungen für "In welchen Themen arbeiten Sie als Wirtschaftsförderung aktuell?"

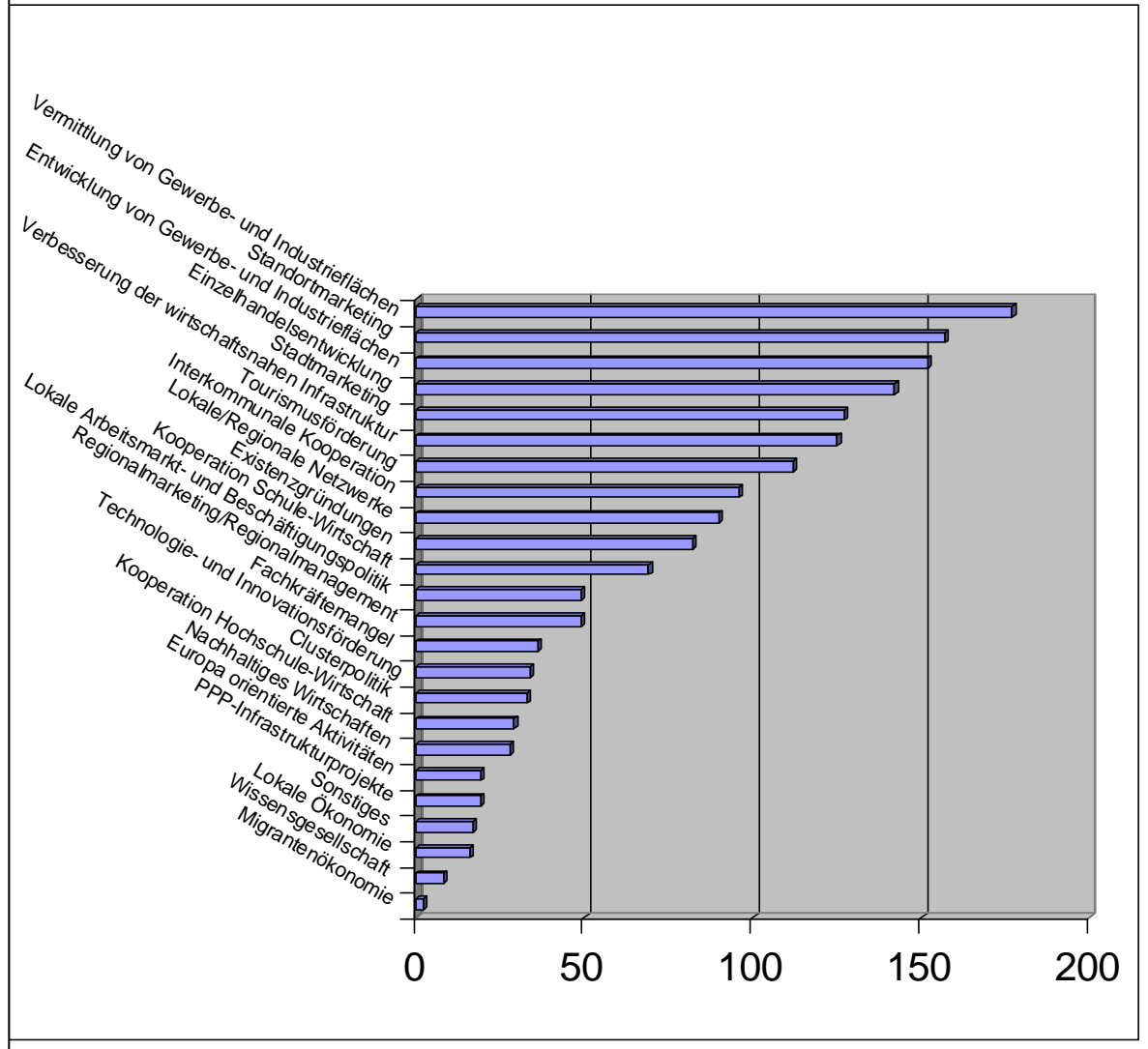


Bild 8, n = 205 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Fragt man die Wirtschaftsförderer ergänzend nach den **wichtigsten** Themen, so ergibt sich ein fast deckungsgleiches Bild, sowohl, was die wichtigsten, als auch was die als unwichtig angesehenen Themen angeht. Die „klassischen“ Aufgaben in Zusammenhang mit der Entwicklung (51%) und Vermittlung (73%) von Gewerbe- und Industrieflächen, dem Standortmarketing (33%) und dem Einzelhandel (27%) sind deutlich am wichtigsten. Die Bedeutung der Vermittlung bestehender Flächen ist überragend.

Es zeigt sich weiter, dass die Themen, die am wenigsten oft als aktuelle Themen genannt wurden, nur aufgrund örtlicher Besonderheiten eine Rolle spielen. Hier gibt es einige Überraschungen, weil die Bewertung der Praktiker von der Fachdiskussion stark abweicht. Dies betrifft die Kooperationen von Schule und Wirtschaft und das Thema nachhaltiges Wirtschaften, aber auch besonders die Europa orientierten Aktivitäten, die nur vereinzelt oder überhaupt nicht als wichtig angegeben wurden.

Bei den EU Aktivitäten liegt die Erklärung nahe, dass die Gemeinden durch die Fördermittelverwaltung der Länder geradezu von Europa „ferngehalten“ und stattdessen für die Aufmerksamkeit auf Landesprogramme sensibilisiert werden. Man könnte annehmen, dass schlicht die Anreize fehlen, sich für europäische Themen zu interessieren, weil das Wissen um europäische Programme und die Breite der Möglichkeiten im Wissensfilter der Länder hängen bleibt und nicht den Weg auf die lokale Ebene findet. Diese Einschätzung wird gestützt durch die ähnlich gering wichtige Bewertung des Themas Europa in den großen Städten. Es liegt die Möglichkeit nahe, dass Europa hinter den Landesprogrammen nicht mehr erkannt wird.

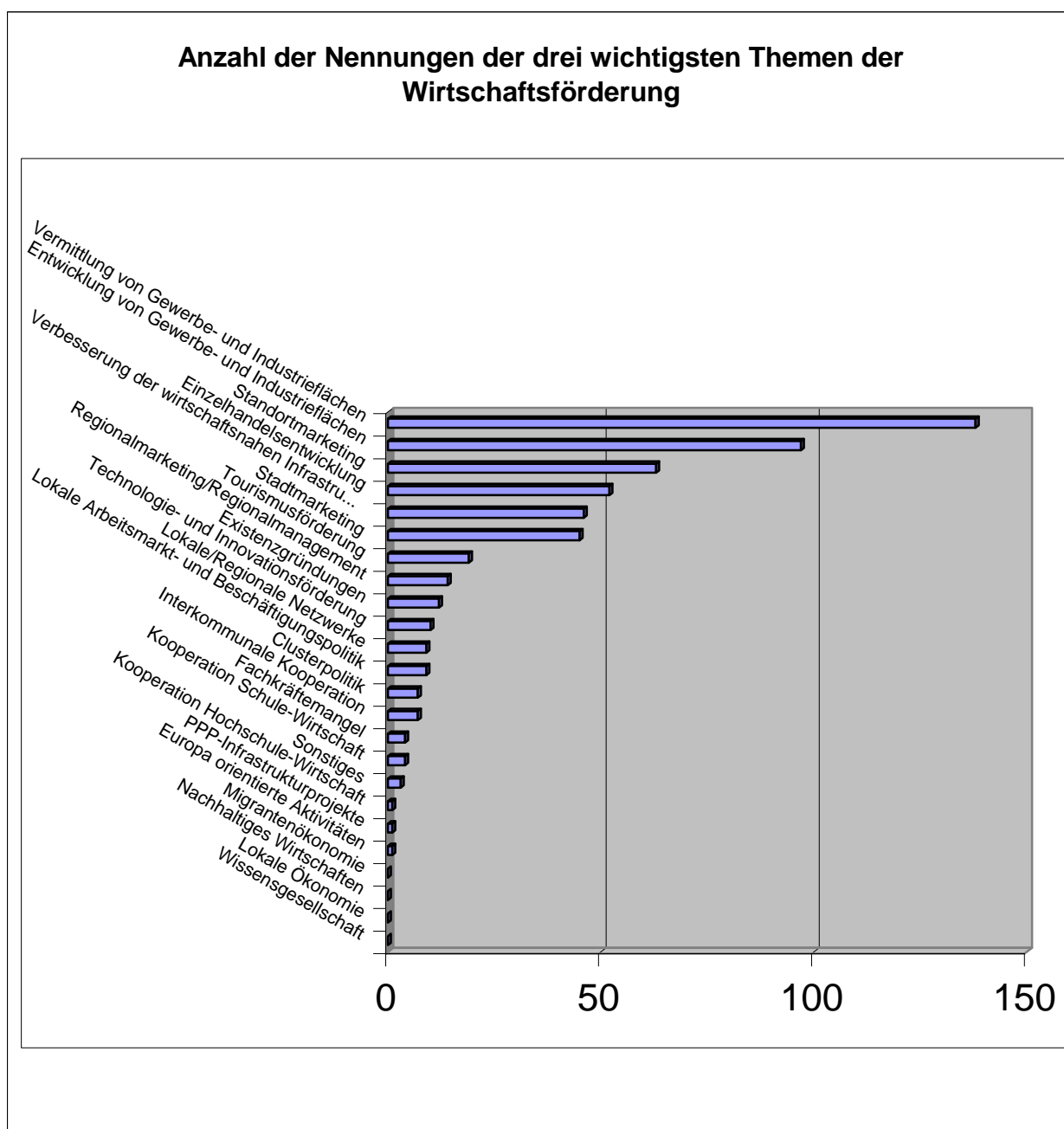


Bild 9, n = 190 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung⁷

⁷ Nicht alle Antwortenden haben die drei für sie wichtigsten Felder angegeben, sondern sich mit weniger Angaben (dem wichtigsten) begnügt. Die „unvollständigen“ Antworten wurden dennoch berücksichtigt.

Größere Abweichungen ergeben sich im Übrigen bei Regionalmarketing und Regionalmanagement, welches häufiger als eines der drei wichtigsten Themen, aber seltener als aktuelles Thema angegeben wurde, ebenso wie die Technologie- und Innovationsförderung. Die interkommunale Kooperation hingegen wurde häufiger als aktuelles Thema angegeben, während die Bewertung als eines der wichtigsten Themen seltener vorkam. Beim Thema „Fachkräftemangel“ gibt es kaum Abweichungen, egal ob man aus der Perspektive Aktualität oder Bedeutung auf das Thema sieht. Es rangiert mit 18% der Nennungen von aktuellen Themen bzw. nur 2% der Nennungen als eines der wichtigsten Themen jeweils unter den wenig bedeutsamen Themen.

Verglichen mit den Schwerpunkten der großen Städte zeigt sich, dass eine relativ große Einigkeit bei den wichtigsten Themen der Wirtschaftsförderung besteht. So werden die klassischen Aufgaben der Wirtschaftsförderung, „Vermittlung von Gewerbe- und Industrieflächen“, „Standortmarketing“, „Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen“, „Einzelhandelsentwicklung“ und „Stadtmarketing“ bei den Städten < 50.000 Einwohnern an erster Stelle genannt. Dies ist bei den großen Städten mit Ausnahme des Stadtmarketing genauso. Bei den fünf am häufigsten genannten **aktuellen** Themen gibt es hingegen nur eine Übereinstimmung - die Einzelhandelsentwicklung. Weitere häufig von den Wirtschaftsförderer der großen Städte genannte Themen, mit denen sie sich aktuell befassen, sind Netzwerke, Existenzgründungen, die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Fragen der Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft.⁸

2.5. Clusterstrategien und -konzepte

Die folgenden Aussagen zu den Clustern sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht repräsentativ.

Nur 17 von 205 Gemeinden haben auf die Frage geantwortet, ob sie eine Clusterstrategie entwickelt haben. Einige gaben zusätzlich an, dies zu planen. 13 von 199 Gemeinden haben Clusterkonzepte entwickelt, 4 davon sogar mehrere. Insgesamt wurden 27 Cluster angegeben. Das durchschnittliche Alter der Cluster ist 3,5 Jahre, 2 sind noch kein Jahr alt, eines aber auch schon 10 Jahre. Knapp die Hälfte der Cluster besteht seit maximal 2 Jahren. 23 von 27 Cluster verfügen über einen Moderator, 14 über ein eigenes Budget, 13 über eine Geschäftsstelle.

Bemerkenswert ist, dass die Wirtschaftsförderung regelmäßig (in 15 von 16 Fällen) an der Initiierung des Clusterprozesses beteiligt war. Des Weiteren waren die Wirtschaft selbst und sonstige (zumeist übergeordnete) Institutionen beteiligt. Kammern spielten dagegen nur in 2 Fällen eine Rolle.

Die geringe Bedeutung liegt einerseits daran, dass das ganze Thema sehr jung ist. Vieles ist vor Ort im Fluss. Die Ergebnisse zeigen andererseits, dass für Cluster zusätzliche Strukturen mit Budget und Geschäftsstellen aufgebaut werden. Das trägt eher dazu bei, die Bildung und das Engagement kleinerer Städte und Gemeinden zu begrenzen und die Aufgabenwahrnehmung der regionalen Ebene zuzuweisen.

⁸ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting, S. 8

2.6. Fachkräftemangel

65 % der antwortenden Kommunen geben an, dass einige (55%) bis viele (11%) Unternehmen von „Fachkräftemangel“ betroffen sind. 21% der Gemeinden wissen nicht, ob die Unternehmen mit dem Thema zu tun haben.

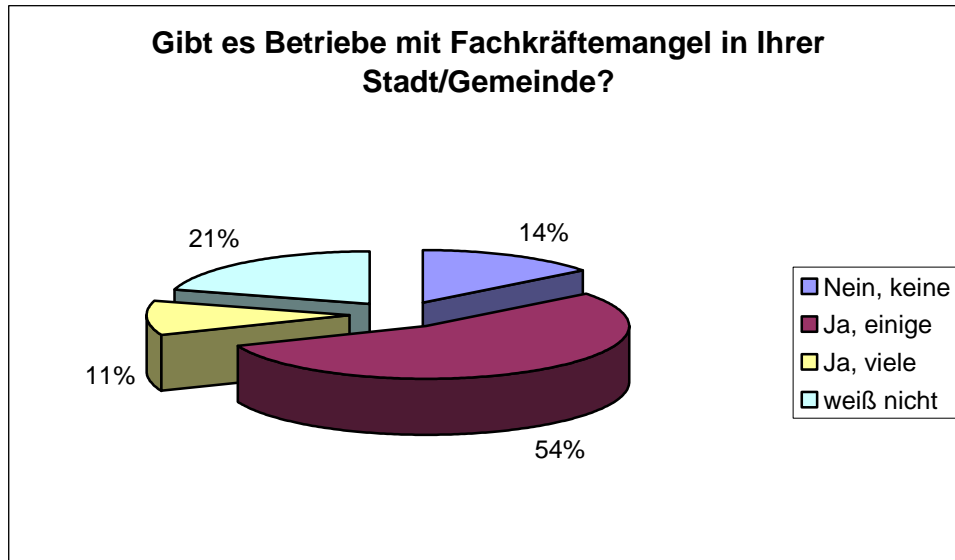


Bild 10, n = 209 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Dennoch genießt das Thema bei den Wirtschaftsförderungseinrichtungen weder als wichtiges, noch als aktuelles Thema besonders viel Aufmerksamkeit. 18% der Städte und Gemeinden gaben an, dass sie sich in ihrer aktuellen Arbeit damit befassen. Nur 2 Prozent der Kommunen ordnen den „Fachkräftemangel“ unter den drei wichtigsten Themen ein. Dies scheint in einem gewissen Widerspruch zur hohen Relevanz zu stehen, die dem Thema in der öffentlichen Diskussion beigemessen wird. Dies kann allerdings damit zusammenhängen, dass die Wirtschaftsförderer ein anderes Aufgabenfeld haben. Ein Indiz dafür ist, dass diejenigen Städte und Gemeinden, die Konzepte gegen den Fachkräftemangel entwickeln, in der Regel mit Partnern zusammenarbeiten. In der Mehrzahl sind es die Unternehmen selbst (70%) oder in jedem zweiten Fall die Industrie- und Handelskammern bzw. die Agentur für Arbeit. Verblüffend ist, dass trotz der geringen Bedeutung, die dem Thema in der aktuellen Arbeit zukommt, immerhin 70 Städte und Gemeinden angeben, Konzepte gegen den Fachkräftemangel zu entwickeln, wenn auch in der überwiegenden Zahl (65 von 70) nur ansatzweise oder in ausgewählten Bereichen.

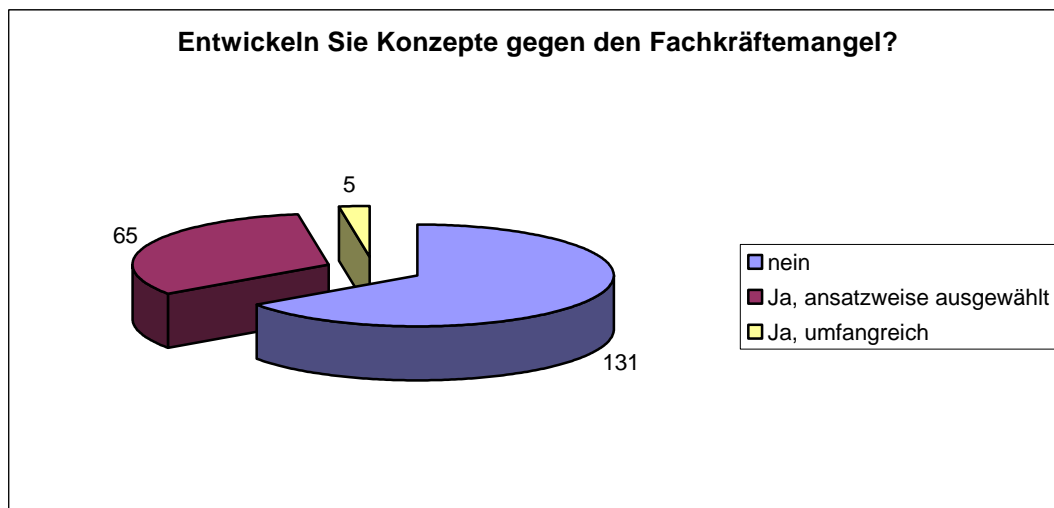


Bild 11, n = 209 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Das wären mit 35% der Gemeinden aber doch deutlich mehr als diejenigen, die angeben sich mit dem Thema aktuell zu beschäftigen.

Der Grund für das Missverhältnis ist darin zu suchen, dass Aktivitäten in diesem Bereich oft nicht unter dem Stichwort „Fachkräftemangel“ firmieren, sondern im Rahmen von Beschäftigungspolitik, Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation oder als Teil einer konkreten Projektstrategie für einzelne Unternehmen. Dies wird an der Vielfalt der Maßnahmen erkennbar, zu denen gegriffen wird, um den Fachkräftemangel zu beseitigen. Auch wenn es sich oft um Kooperationen mit Schulen, Qualifizierungs-, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, Ausbildungsbörsen o. ä, handelt, so spielen die Verbesserung des Wohnumfeldes und der Infrastruktur, die Vereinbarkeit von Familie & Beruf, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsinitiativen, Stadtmarketing oder die Ansiedlung von Bildungsträgern und Bildungsstätten ebenfalls eine Rolle. Ergänzend tritt hinzu, dass die Gemeinden oft als Partner beteiligt sind, aber nicht die zentralen Träger (siehe 2.5. Aktuelle und wichtige Themen).

In den großen Städten weichen die Ergebnisse nicht wesentlich ab. Lediglich knapp 10% der Kommunen sind intensiv dabei, Konzepte gegen den Fachkräftemangel zu erarbeiten, die Mehrheit (55 Prozent) tut dies „ansatzweise“ bzw. in ausgewählten Handlungsfeldern. Diese Konzepte werden so gut wie nie ausschließlich von der Wirtschaftsförderung entwickelt und verantwortet. Wichtigste Partner sind die betroffenen Unternehmen selbst, 75% der Kommunen, die Konzepte entwickeln, tun dies gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen, den Industrie- und Handelskammern (66%) und der Agentur für Arbeit (60%)⁹.

⁹ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting 2008, S. 13f.

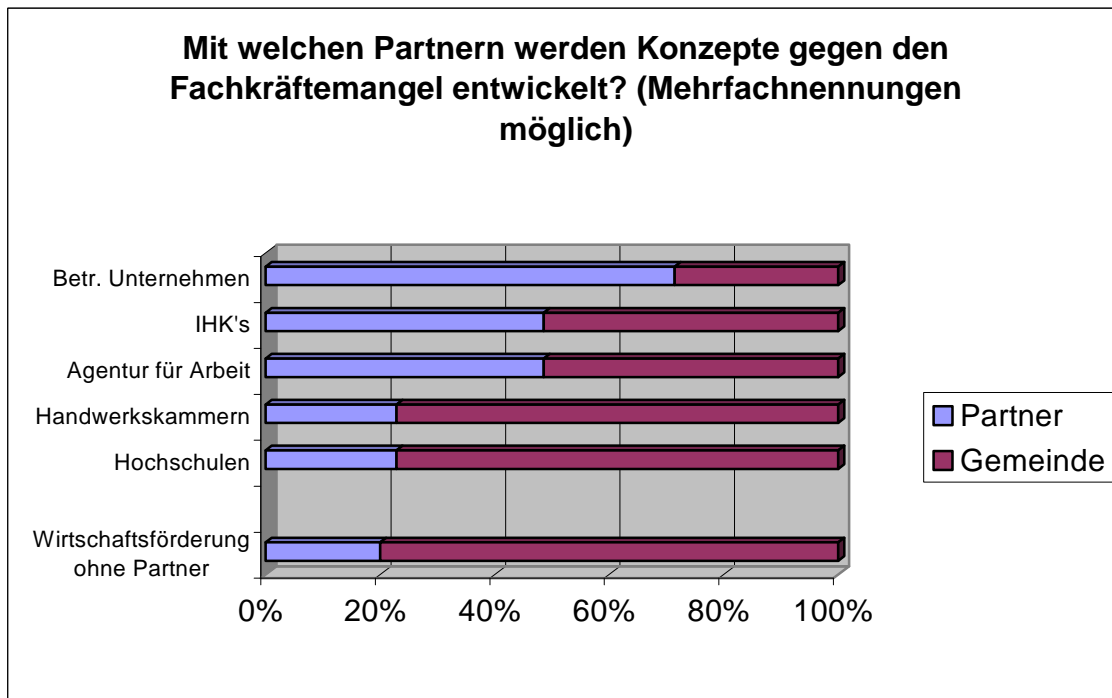


Bild 12, n = 70 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Betroffene Branchen sind insbesondere die Metallverarbeitung, Maschinenbau und Elektrotechnik. Darüber hinaus tritt auch allgemein im Handwerk und in der Kunststoffindustrie häufiger Fachkräftemangel auf. In 95% aller Gemeinden, die angaben Fachkräftemangel zu haben, fehlt es an Fachkräften in technischen Berufen. Darüber hinaus spielen unternehmensorientierte Dienstleistungen, der Baubereich und kaufmännische Berufe mit 11% bzw. je 8% eine gewisse Rolle. „Haushaltsorientierte Dienstleistungen“ wurden wegen ihrer Bedeutung im Zuge des demographischen Wandels und ihrer Rolle im Zusammenhang mit der Politik zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit besonders abgefragt. Erfreulicherweise gibt es hier jedoch offenbar keine Mangelsituation.

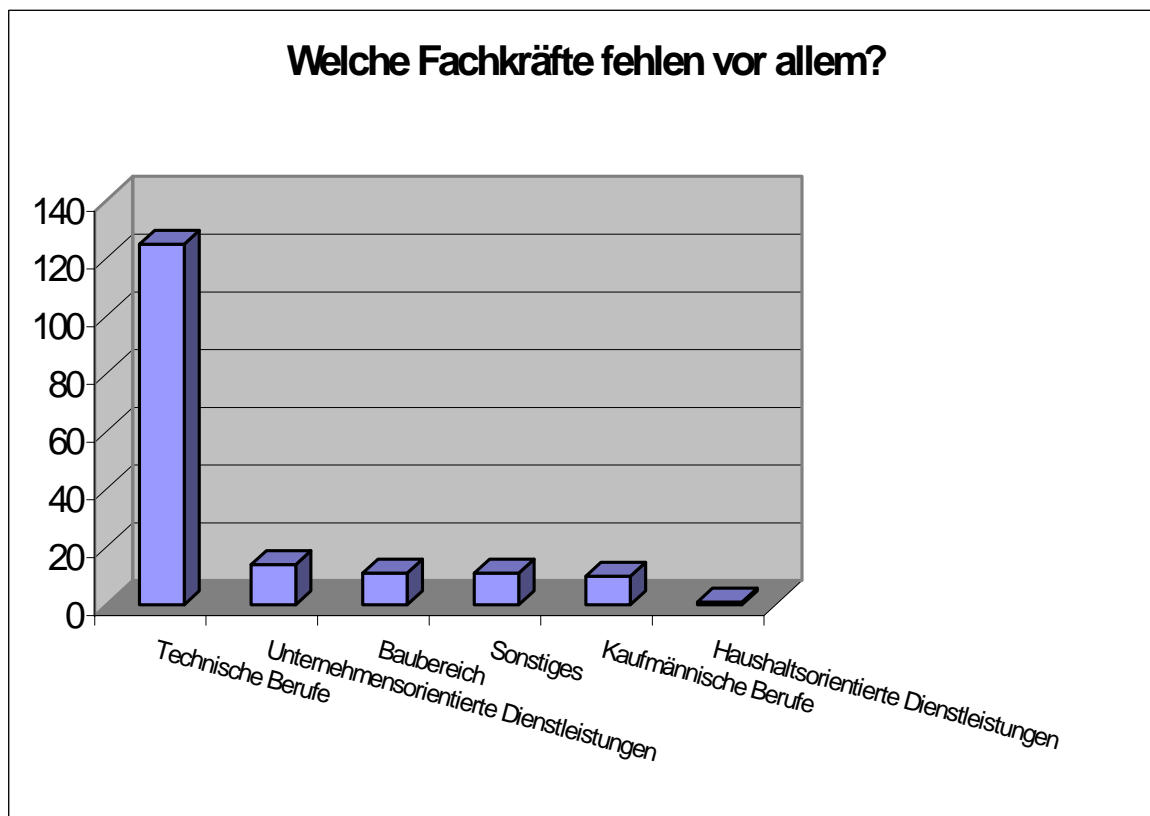


Bild 13, n = 132 Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Das Bild gleicht den Ergebnissen in den Städten > 50.000 Einwohnern. Hier wird der Fachkräftemangel ebenfalls vor allem bei den technischen Berufen wahrgenommen. 97% der Kommunen nennen hier Defizite. Am zweithäufigsten wird Fachkräftemangel bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen genannt, hier sieht ein gutes Viertel der Kommunen Lücken. Kaufmännische Berufe bzw. der Baubereich werden nur von etwa 6 Prozent als Problem angeführt. Auch in den großen Städten sind haushaltsorientierte Dienstleistungen kein Thema¹⁰.

2.7. Kennzahlen und Produkte

Kennzahlen und Produkte sollen zu größerer Transparenz im Leistungsspektrum der Verwaltung beitragen. Sie dienen der internen Steuerung und der Messung des Zielerreichungsgrades sowie dem interkommunalen Leistungsvergleich. Nur knapp 1/5 der antwortenden Städte und Gemeinden arbeiten in der Wirtschaftsförderung mit Kennzahlen und Produkten. Es fällt auf, je höher die Anzahl der Mitarbeiter ist, desto wahrscheinlicher ist die Arbeit mit Kennzahlen und Produkten. Bei einem Mitarbeiter liegt sie bei 21%, zwischen einem und zwei Mitarbeitern bei 27% und bei zwei Mitarbeitern liegt sie bereits bei 40%. Auch wenn die Grundgesamtheit der Fallzahlen nur begrenzt tragfähige Aussagen ermöglicht, wird eine Trendlinie doch deutlich.

¹⁰ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting, S. 13

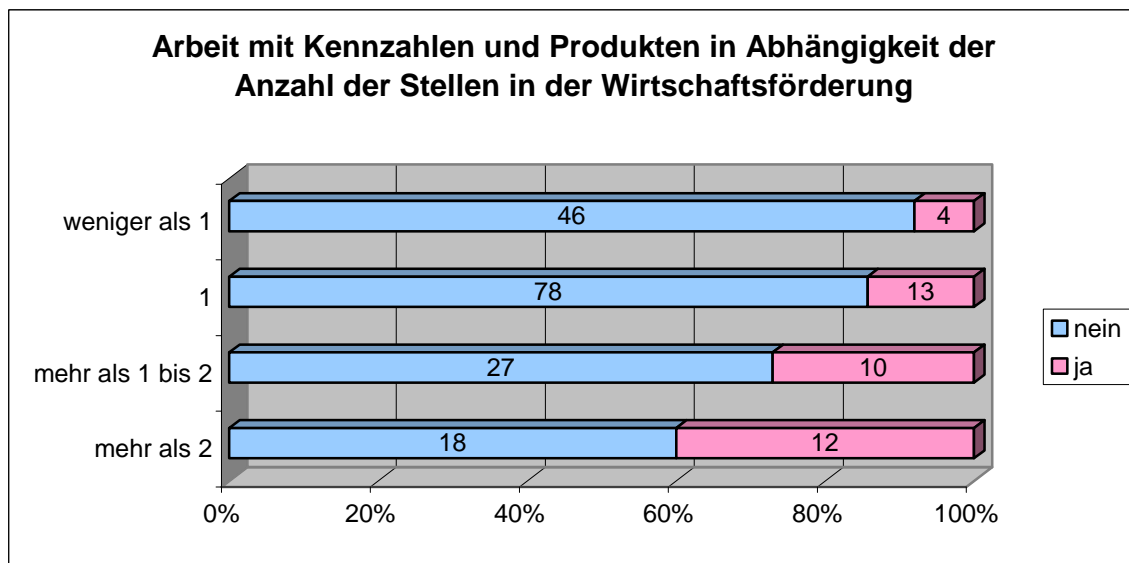


Bild 14, n = 208, Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Wenn nicht mit Kennzahlen und Produkten gearbeitet wird, dann wird am häufigsten als Begründung genannt, dass die Gemeinde zu klein ist. Danach folgen „mangelnde Erfassbarkeit“ und „mangelnde Notwendigkeit“. 15 von 47 Gemeinden gaben an, dass eine Einführung demnächst geplant sei, meist im Zusammenhang mit der Umstellung auf Doppik. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass der Aufgabenschnitt kleiner Wirtschaftsförderungseinrichtungen die Arbeit mit Kennzahlen nicht zwingend erfordert.

Diese Gründe werden teilweise auch von den großen Städten angegeben, die keine Kennzahlen verwenden. Bei diesen wird verwiesen auf

- einen hohen Aufwand, der in keiner angemessenen Relation zum Ergebnis stehe,
- die nur schwer herzustellende Verknüpfung von Ursache und Wirkung,
- die „Schnelllebigkeit“ der Aufgaben in der Wirtschaftsförderung,
- zu wenig Personal,
- die bevorstehende Einführung des neuen kommunalen Finanzmodells auf Landesebene, die abgewartet werde¹¹.

Allerdings verwenden hier rund 60% Kennzahlen. Die Städte, die keine Kennzahlen verwenden sind mit 40% in der Minderheit.

2.8. Benchmarking in der Wirtschaftsförderung

Kennzahlen sind eine Voraussetzung für die Arbeit mit Benchmarks. Dieses spielt in der Diskussion der Bewertung der Arbeit verschiedener Teile der Kommunalverwaltung, so auch der Wirtschaftsförderung, immer wieder eine Rolle.

Regelmäßiges Benchmarking ist bei den befragten Gemeinden relativ selten. Mit 26 von 203 Gemeinden tun dies nur 13%. Die Gründe, warum kein Benchmarking durchgeführt wird, lassen sich in Übereinstimmung mit den Begründungen für die Nichtanwendung von Kennzahlen hauptsächlich auf die Gemeindegröße zurückführen. Die Begründungen geben zu kleine Abteilungen, zu wenig Personal und Zeit an oder es fehlt schlicht an grundlegenden Konzepten und Daten.

¹¹ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting, S. 14

Obwohl die Größenverhältnisse ganz andere sind, tun sich auch größere Städte mit der Verwendung von Benchmarks schwer. Nur etwa ein Drittel der antwortenden Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern führt ein regelmäßiges Benchmarking durch. Die Städte, die darauf verzichten, weisen jedoch ganz überwiegend auf die fehlende Vergleichbarkeit von Produkten und zwischen den Städten und ihren Wirtschaftsförderungen hin.¹² Dies lässt die Vermutung zu, dass ein sinnvolles und regelmäßiges Benchmarking mit einem Aufwand verbunden ist, der die Anwendung in kleinen Gemeinden kaum rechtfertigt.

Wenn die Arbeit der Wirtschaftsförderungseinrichtungen in den Städten und Gemeinden evaluiert werden soll, dann wäre die Verwendung von Kennzahlen gegenüber aufwendigen Benchmarks vorzuziehen.

2.9. Ansatzpunkte für Verbesserungen in der Arbeit der Wirtschaftsförderung

Abschließend haben wir nach den möglichen Verbesserungspotenzialen der Wirtschaftsförderung gefragt¹³. Die Wirtschaftsförderer nannten als erforderlich zur effektiveren Aufgabenwahrnehmung der Wirtschaftsförderung primär die Qualifikation der Mitarbeiter. Sie wird von 84% für eher wichtig oder sehr wichtig gehalten. Des Weiteren ist das Thema „Zusammenarbeit“ in mehrfacher Hinsicht für die Wirtschaftsförderer wichtig. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Verbänden halten 83% für wichtig. Die interkommunale Kooperation wird mit 79% beinahe genauso oft als wichtiger Ansatz zur Verbesserung gesehen. Die Verbesserung der internen Zusammenarbeit halten gute Dreiviertel der Antwortenden (76%) für wichtig und die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung bewerten 74% so.

Der große Raum, den das Thema Zusammenarbeit einnimmt, spiegelt sich auch darin, dass 78% es für einen wichtigen Ansatz halten, den Stellenwert der Wirtschaftsförderung in der (eigenen) Verwaltung zu erhöhen. Das Ergebnis ist insoweit bemerkenswert, weil in einem knappen Drittel der Städte und Gemeinden die Wirtschaftsförderung beim Bürgermeister selbst angesiedelt ist (s. o. unter 2.1 Organisationsstruktur). Es gibt also zumindest einen Überschneidungsbereich, in dem die Bürgermeister, die die Funktion des Wirtschaftsförderers ausüben, dieser Funktion nicht in selbst gewünschtem Maße Geltung verschaffen können. Wir haben nicht nach den Gründen gefragt, woran das liegen kann, insofern stehen keine direkten Antworten zur Verfügung. Mit Blick auf die Kooperationsnotwendigkeiten, die Häufigkeit paralleler Strukturen ohne festgelegte Aufgabenteilung (besonders zwischen Gemeinden und Landkreisen) und den Umstand, dass die Aufgabe der Wirtschaftsförderung in der Regel in einem anderen Amt als Teilaufgabe angegliedert ist, kommt darin der Bedarf an einer Ausweitung der eigenen Einwirkungsmöglichkeiten zum Ausdruck.

In ähnlichem Umfang, wie die Notwendigkeit der Zusammenarbeit, wurden schließlich noch personelle Verstärkungen (78%) und die Verbesserung der finanziellen Ausstattung (78%) als wichtig zur Verbesserung der Effizienz bezeichnet. Die Orga-

¹² vgl. Hollbach-Grömig/Floeting 2008, S. 14

¹³ Bei der Auswertung dieser Frage taucht ein methodisches Problem auf. Rund 25% der Antwortenden haben die angebotenen Stichworte nicht vollständig als unwichtig, eher unwichtig, eher wichtig oder sehr wichtig bewertet. Weil die Vermutung nahe liegt, dass die als sehr wichtig angesehenen Bereiche auch angekreuzt werden, haben wir die angebotenen Stichworte, die gar nicht bewertet wurden, als „unwichtig“ gewertet. Die Alternative wäre jedoch, das betroffene Viertel völlig unberücksichtigt zu lassen. Dann würden die eindeutig als „wichtig“ gekennzeichneten Antworten weggelassen, was eine Verfälschung der Antworten bedeuten würde.

nisationsstruktur der Wirtschaftsförderung und politische Vorgaben wurden mit 63% und 61% demgegenüber deutlich weniger oft als wichtig bezeichnet. Die technische Ausstattung schließlich scheint ebenfalls vergleichsweise unproblematisch zu sein. Sie wurde von weniger als der Hälfte der Antwortenden als wichtiger Ansatzpunkt für Verbesserungen angesehen.

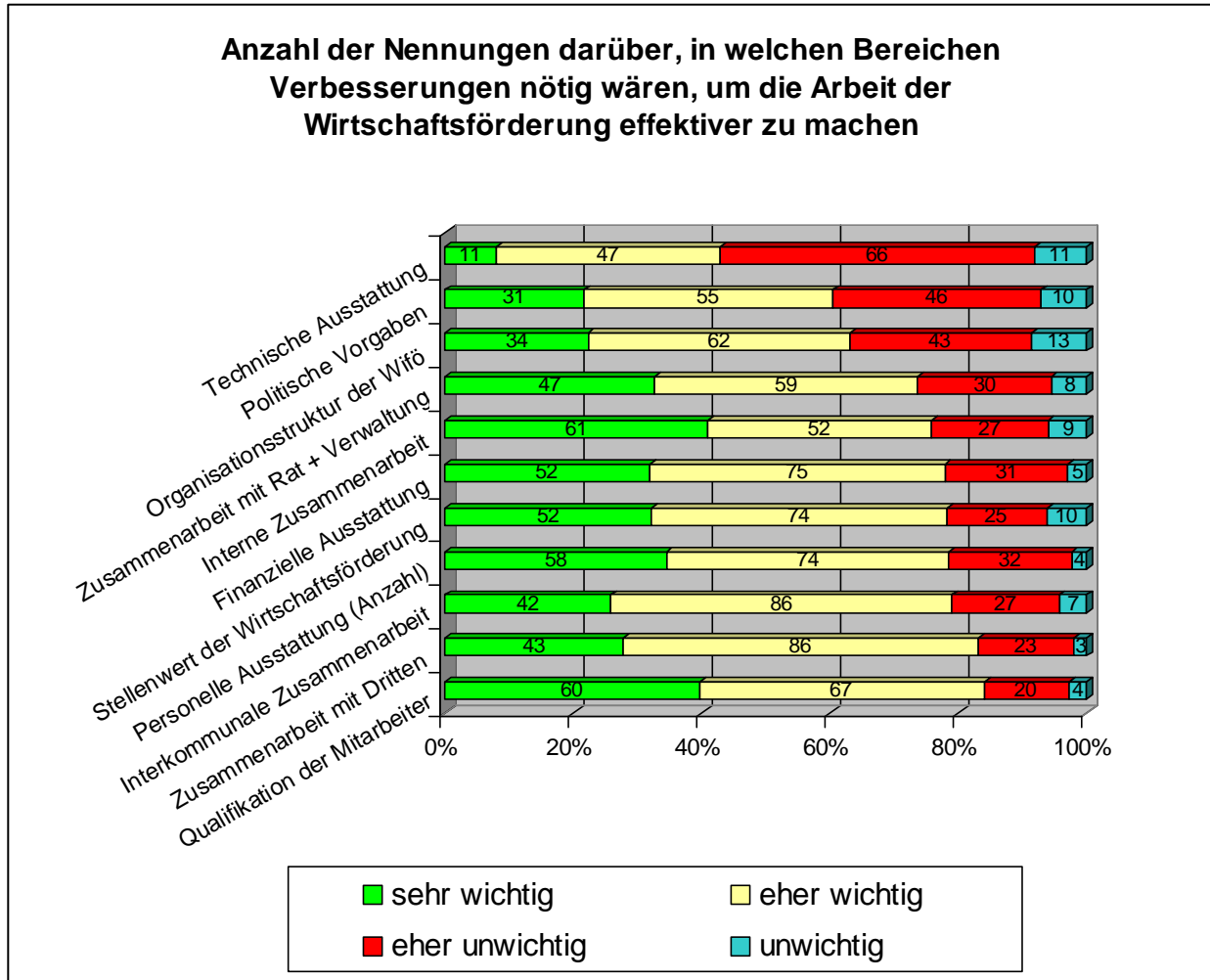


Bild 15, n = 135 -168, Quelle: DStGB Umfrage Wirtschaftsförderung 2008, eigene Berechnung

Hebt man nur auf die Nennung der Aspekte ab, die „sehr wichtig“ für die Verbesserung der Arbeit wären, so ändert sich das Bild nur im Detail:

Bereich	„sehr wichtig“
1. Interne Zusammenarbeit	61 %
2. Qualifikation der Mitarbeiter	60 %
3. Personelle Ausstattung (Anzahl)	58 %
4. Finanzielle Ausstattung Stellenwert der Wirtschaftsförderung	52 %
5. Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung	47 %

Bei der Umfrage unter den Städten > 50.000 Einwohner wurde die „Qualifikation der Mitarbeiter“ von mehr als 40% der Wirtschaftsförderer als „sehr wichtiger“ Ansatzpunkt für Verbesserungen genannt. Daneben werden die „verwaltungsinterne Zusammenarbeit“ mit 41%, die finanzielle Ausstattung mit 39% und die Erhöhung der Mitarbeiterzahl sowie die Verbesserung des Stellenwertes der Wirtschaftsförderung in der Verwaltung mit je 37%¹⁴ genannt. Die Unterschiede zu den Ansatzpunkte der Wirtschaftsförderungseinrichtungen der kleineren Städte und Gemeinden liegen demnach hauptsächlich bei der Verbesserung der internen Zusammenarbeit, die von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden in größerer Anzahl als drängend empfunden wird. Dies kann als „Professionalisierungsvorsprung der größeren Einrichtungen interpretiert werden. Obwohl die Verbesserung der Zusammenarbeit bei den Gemeinden < 50.000 Einwohner einen hohen Stellenwert einnimmt, wird die Verbesserung der internen Zusammenarbeit von ihnen häufiger als Mangel angesehen als in Städten > 50.000 Einwohner. Scheinbar ist die interne Zusammenarbeit in den Städten > 50.000 Einwohner nicht so problematisch.

3. Zusammenfassung

1. Wirtschaftsförderung ist eine kommunale Aufgabe, die auf lokaler Ebene wahrgenommen wird. Für die Wirtschaftsförderung haben fast Dreiviertel aller Gemeinden eine Ämterlösung gewählt. Bei einem knappen Drittel ist die Wirtschaftsförderung „Chefsache“.
2. Die Arbeit der Wirtschaftsförderer in den Städten und Gemeinden unter 50.000 Einwohnern unterscheidet sich von den Kernaufgaben nicht wesentlich von denen der großen Städte; Wirtschaftsförderung ist relativ unabhängig von der Gemeindegroße. Die Kernaufgaben lassen sich als Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen und die Betreuung der Bestandsunternehmen beschreiben.
3. Aktuelle Themen der (öffentlichen) Fachdiskussion haben nur begrenzten Einfluss auf die Handlungsfelder der Wirtschaftsförderer. Die Entwicklung und Vermittlung von Gewerbe- und Industrieflächen und des Standortmarketing haben das höchste Gewicht. Besondere organisatorische oder inhaltliche Themen wie „Clustermanagement“, „Fachkräftemangel“ und „Existenzgründungen“, gehören nicht zu den Kernaufgaben und haben deshalb keinen so starken Eindruck auf die Arbeit der Wirtschaftsförderung. Sie stellen die Bedeutung der dauerhaft zu erledigenden Aufgaben trotz ihrer Dominanz in der Fachdiskussion nicht in den Hintergrund.
4. Es gibt keine Aufgaben der Wirtschaftsförderung, die bei kleinen Städten und Gemeinden von vornherein nicht auftreten. Dennoch werden Querschnittsthemen nur punktuell bei eigener Betroffenheit, aber nicht strategisch und in der Breite bearbeitet. Fachkräftemangel ist kein Thema der lokalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen, weil sie – wie die Gemeinden selbst – nicht die Hauptakteure im Thema sind. Dennoch hat die Umfrage ergeben, dass der Fachkräftemangel im Wesentlichen einen Mangel an technischen Berufen beschreibt.
5. Europa ist bei der derzeitigen Aufgabenverantwortung der Wirtschaftsförderungen kein Thema. Die Relevanz europäischer Programme und Entscheidungen schlägt sich nicht als örtliche Kompetenz nieder und ist auf örtlicher Ebene nicht sichtbar.

¹⁴ vgl. Hollbach-Grömig/Floeting, S. 16

6. Die Arbeit mit Kennzahlen und Benchmarks ist in den Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Städte und Gemeinden nicht sehr weit verbreitet. Während noch ein 1/5 mit Kennzahlen arbeitet, wendet nur 1/7 Benchmarks an. Aus Sicht der Wirtschaftsförderer sprechen immer noch Aspekte wie ein ungünstiges Aufwands-Ertragsverhältnis, die Komplexität der Aufgaben der Wirtschaftsförderung und zu wenig Personal gegen die Arbeit mit Kennzahlen und Produkten. Hierin stimmen die Wirtschaftsförderer größerer und kleinerer Städte überein.
7. Die Wirtschaftsförderung ist personell schwach aufgestellt. Die personelle Decke wird überall als zu kurz empfunden – in den größeren Städten ebenso wie in den kleineren Gemeinden. Verbesserungspotenzial sehen die Wirtschaftsförderer darin, die Anzahl der Mitarbeiter zu erhöhen und deren Qualifikation zu verbessern. Weiteres Potenzial steckt in der Verbesserung der Zusammenarbeit und in der finanziellen Ausstattung.
8. Die Verbesserung der Zusammenarbeit ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung in der nahen Zukunft. An mehreren Punkten schimmert die Notwendigkeit der Vernetzung durch. Zwischen der Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene und den Landkreisen gibt es sehr oft Arbeitsteilung. Im seltensten Fall ist sie aber umrissen und vereinbart. Die gesellschaftlichen Herausforderungen, wie der demographische Wandel und die Regionalisierung/Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens, werden als Querschnittsthemen der Wirtschaftsförderung nicht abgebildet. Die Vernetzung auf regionaler Ebene ist von wachsender Bedeutung. Findet sie nicht statt, wirkt sie hemmend für die lokale Aufgabenerledigung; gelingt sie, eröffnet sie Spielräume für kommunales Handeln in den Feldern Fachkräftemangel, Clusterpolitik, Regionalmanagement, Europa z. B. durch Bündelung der Personalressourcen.

Ansprechpartner

Uwe Zimmermann
Beigeordneter für Europa, Wirtschaft,
Ländliche Räume, Kommunikation

Tel. : 0228-95962-29
Fax : 0228-95962-34
uwe.zimmermann@dstgb.de

Carsten Hansen
Referatsleiter Wirtschaft,
Tourismus, Verkehr

030-77307 -243
030-77307 -255
carsten.hansen@dstgb.de

Stand: Oktober 2008

Anhang

Ergänzend weisen wir auf die Ergebnisse der Umfrage in den Städten > 50.000 Einwohner, veröffentlicht als Difu-Papier hin: Floeting, Holger und Beate Hollbach-Grömig, Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik, S. 10–39 (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. I 2005).

Hollbach-Grömig, Beate und Holger Floeting, Kommunale Wirtschaftsförderung 2008: Strukturen, Handlungsfelder, Perspektiven, Berlin 2008 (Difu-Papier).

Gewerbemonitor des DStGB

Der DStGB kooperiert seit 2006 mit Lindauer-Management/ Lindauer Qualität und Marktforschung GmbH zur Durchführung des Gewerbemonitors. Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des DStGB hat im April 2006 den folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss unterstreicht, dass Kenntnisse über die Bindung der gewerblichen Unternehmen an die Standortgemeinde für die kommunale Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung sind.

Der Ausschuss begrüßt, dass aus den Erkenntnissen, die mit dem Instrument des „Gewerbemonitors“ gewonnen werden können, Handlungsempfehlungen für die Ausrichtung und Prioritäten der örtlichen Wirtschaftsförderung abgeleitet werden können.

In der Wirtschaftsförderung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die örtliche und regionale wirtschaftliche Entwicklung weniger durch die Neuansiedlung von Wirtschaftsunternehmen gefördert werden kann, als vielmehr durch die Pflege der bestehenden Unternehmen. Zur Pflege gehört es, die Bedürfnisse der örtlichen Firmen in betriebswirtschaftlicher Hinsicht, aber auch ihre Anforderungen an den Standort zu kennen. Vielerorts herrscht jedoch Unsicherheit über Bedürfnisse, Zufriedenheit und die Bereitschaft von Gewerbebetrieben, ihren Standort zu verlagern.

Mit dem Gewerbemonitor erhalten die Kommunen ein neues Instrument zur Standortsicherung in dem Sinne, dass Prioritäten für die Wirtschaftsförderung und konkrete Hinweise auf Stärken und Schwächen der Gemeinden gegeben werden. Die Studie kann regelmäßig durchgeführt werden, um auf diese Weise einen fortschreitenden Leistungsvergleich durchzuführen.

Zusammenfassung Gewerbemonitor 2008

Studiendesign

Der GEWERBEMONITOR 2008 liefert einen Bericht über die Gesamtergebnisse für die teilnehmenden Kommunen inklusive dem Vergleich mit den anderen Teilnehmern. Der Bericht geht auf den Status ein und lässt eine Stärken-Schwächen Analyse zu.

Die Teilnahmebereitschaft der Unternehmen war sehr hoch, fast alle angesprochenen Unternehmen haben mitgemacht, es gab darüber hinaus Kontaktwünsche an die Kommune und die Zustimmung vieler Unternehmen, ihre Antworten auch namentlich an die Kommune zu geben.

Der Ergebnisbericht enthält außer der Darstellung der Ergebnisse auch Stärken-Schwächen Portfolios, aus denen Maßnahmenpläne und Aktionen abgeleitet werden können.

Allgemeine Zufriedenheit

Insgesamt betrachten, sind die Unternehmen im Allgemeinen recht zufrieden mit den Kommunen als Standort zum Leben und Arbeiten. Fast zwei Drittel der unternehmerischen Entscheider wohnen in den Gemeinden des Unternehmensstandortes.

Auf einzelne Faktoren bezogen ergibt sich ein teilweise kritisches Bild: So fällt insbesondere die Zufriedenheit mit den Leistungen der Kommune und der Wirtschaftsförderung deutlich ab und ist teilweise unterdurchschnittlich.

Zufriedenheit mit den einzelnen Standortfaktoren

Neben den absoluten Stärken des Standortes, Nähe zu Kunden und Verkehrsanbindung, zeigt sich eine starke Unzufriedenheit mit der Höhe des Gewerbesteuersatzes, aber auch mit dem Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, Nähe zu Forschung und Wissenschaft sowie den Leistungen der Kommune insgesamt.

Zufriedenheit mit den Leistungen der Kommune

Hier schneiden die Kommunen weniger gut ab, unterdurchschnittliche Zufriedenheit insbesondere auch im kommunalen Vergleich findet man für die Bearbeitungsgeschwindigkeit, der Kompetenz der Ansprechpartner sowie den kommunalen Öffnungszeiten.

Zufriedenheit mit den Leistungen der Wirtschaftsförderung

Aus den Ergebnissen lässt sich ein Bedürfnis nach mehr Wirtschaftsförderung ablesen. Die Unternehmen sind lediglich mit der telefonischen Erreichbarkeit zufrieden. Insbesondere bezüglich der Informationen zu Fördermöglichkeiten und Vermittlung von Kontakten erwarten sich die Unternehmen mehr.

Verbesserungswünsche

Bei der Betrachtung der Verbesserungswünsche kristallisieren sich zwei Stoßrichtungen heraus: Einmal scheinen sich die Unternehmen mehr und / oder besseren Kontakt und Kommunikation mit der Kommune und mehr Aktivität der Wirtschaftsförderung zu wünschen, andererseits wird auch die Lebenssituation angesprochen und der Wunsch, dass mehr für Kinder und Jugendliche getan wird. Generell wird mehr Proaktivität von der Kommune erwartet.

Quelle:

GEWERBEMonitor 2007/2008, Ergebnisbericht © 2008 LINDAUER QUALITÄT & MARKTFORSCHUNG

Ansprechpartnerin

Ute Kerber, Dipl.-Soz., Business Manager Research

Ritterstraße 16

55131 Mainz

Tel.: 06131/97 212-16

Fax: 06131/97 212-10

E-Mail: ute.kerber@l-q-m.de